

Rede des Stv. Fraktionsvorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion NRW zum Antrag: Marokko, Algerien und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten einstufen – Asylverfahren beschleunigen – Rückführungen praktisch umsetzen

- **Die Zahl aus Nordafrika zu uns kommenden Menschen steigt sprunghaft an**
In Nordrhein-Westfalen gehörten im Jahr 2015 Algerien mit 6.782 (2,92 Prozent) und Marokko mit 6.429 (2,77 Prozent) Personen bei den Zuweisungen durch die Easy-Verteilung **bereits zu den top zehn Hauptherkunftsländern**. Die Asylbewerber aus Marokko, Algerien und Tunesien haben erkannt, dass sich die Tür nach Mitteleuropa ungewollt auch für sie geöffnet hat, weil zum Beispiel das Dublin-Verfahren der EU aktuell nicht funktioniert und sie nach einem Flug von Marokko in die Türkei dann von Griechenland aus über die Balkanroute nach Deutschland gelangen können.
- **Gleichwohl werden Asylbewerber aus den sog. Maghrebstaaten zu über 96 % abgelehnt, haben also kein Asyl- bzw. Bleiberecht! Lt. BAMF im letzten Jahr gerade einmal 1,6 % der algerischen und 3,7 % der marokkanischen Asylbewerber anerkannt.**
- Während die Zahl der **Asylbewerber aus den Westbalkanstaaten** insbesondere dank der Festlegung als Sicheres Herkunftsland massiv **zurückgegangen** ist, steigt die der **Asylbewerber aus Marokko und Algerien seit Ende letzten Jahres sprunghaft an**

- **Notwendig ist ein Maßnahmenbündel, um auch hier – wie es beim Balkan gelungen ist - der Einreise aus Marokko, Algerien und Tunesien schnell Einhalt zu gebieten.**

Erste richtige Schritte auf Bundesebene sind erfolgt, dem weitere folgen müssen, u.a. auch auf Landesebene

➤ **BMI und BAMF:**

Für Asylverfahren von Marokkanern, Algeriern und Tunesien gilt neuerdings, dass man die Verfahren aus den **Ländern prioritär behandelt**. Das Bundesinnenministerium erteilte dem BAMF eine entsprechende Anweisung.

➤ **Maßnahmen zur Rückkehr:
Rückführungsabkommen müssen umgesetzt werden**

Deutschland hat mit den drei Staaten Rücknahmeabkommen. Doch in der praktischen Umsetzung scheiterte es zuletzt oft an der Kooperationsbereitschaft. So wollte Deutschland Mitte vergangenen Jahres 5.500 Algerier, Marokkaner und Tunesier zurückbringen. Doch nur 53 konnten am Ende abgeschoben werden. Die Länder verweisen auf fehlende Papiere oder reagieren überhaupt nicht auf deutsche Anfragen.

Rede des Stv. Fraktionsvorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion NRW zum Antrag: Marokko, Algerien und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten einstufen – Asylverfahren beschleunigen – Rückführungen praktisch umsetzen

Die Bundesregierung arbeitet mit Hochdruck daran, dass die Maghreb-Staaten ihrer Rückaufnahmeverpflichtung nachkommen. Die Länder müssen verstehen: Die Zusammenarbeit in Migrations- und Rückführungsfragen ist ein zentraler Faktor des bilateralen Verhältnisses.

Aber auch wir in NRW sind gefragt und müssen die Bundesregierungsinitiativen im Bundesrat unterstützen.

Was bringt die Einstufung "sicherer Herkunftsstaat"?

Die Einstufung als sichere Herkunftsstaaten im Sinne § 29 AsylG führte beim Westbalkan zu einer drastischen Abnahme der Flüchtlingszahlen von mehreren Tausend pro Monat auf wenige Dutzend. - während im März 2015 noch 11.729 Kosovaren einen Asylantrag stellten, waren es im Dezember nur noch 451 – **Die Realisierung der Festlegung als Sicherer Herkunftsstaat braucht eine Zustimmung von Bundestag und Bundesrat, somit auch von NRW**

- **Was sind die generellen Vorteile:** Im Ergebnis können von dort stammende Asylbewerber ohne Bleibeperspektive schneller in ihrer Heimat zurückgeführt werden
- **Im Einzelnen:** Einfachere Entscheidung durch Umkehr der Beweislast

- Asylanträge sind damit grds. offensichtlich unbegründet!
- Verkürzte Rechtsschutzfristen (1 Woche)
- Verkürzte Entscheidungsfristen 1 Woche – nur schriftliches Verfahren
- Ausreisefrist eine Woche
- Aussetzung der Abschiebung darf nur angeordnet werden, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des angegriffenen Verwaltungsaktes bestehen

Von daher ist es angesichts der aktuellen Belastungssituation ein Mittel der Wahl.

Außerdem enthält unser Antrag eine weitere wichtige pragmatische Forderungen: Die Entlastung unserer Städte und Hilfsorganisationen dadurch, dass Flüchtlinge aus diesen Staaten nicht mehr an die Kommunen weiterverteilt werden. => Wir fordern einen Aktionsplan Nordafrika bzw. Maghreb-Staaten! ((Also das machen, was in Baden-Württemberg bereits angeordnet ist und von vielen CDU-Vertretern wie auch vom SPD-Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel jüngst gefordert wurde: **Flüchtlinge aus Algerien, Marokko, Tunesien, Ägypten und Libyen nicht mehr an die Kommunen zu verteilen, sondern in der Erstaufnahme behalten.))**

Ziel: schnellere Rückführung, entweder freiwillig oder als Abschiebung